

Sozial-kulturelle Erfordernisse der langfristigen städtebaulichen Entwicklung der Städte

Bernd Hunger

Mit dem sozialpolitischen Anspruch, die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen, trat der Wohnungsbau am Stadtrand Anfang der 70er Jahre in der DDR als städtebauliche Aufgabe ins Zentrum der Baupolitik. Er prägte wesentlich die Entwicklung der Bautechnologien und des Planungsdenkens. Der Anfang der 80er Jahre eingeleitete Übergang zum innerstädtischen Bauen stellte prinzipiell veränderte Planungs- und Bauaufgaben. Heute ist die Dimension der notwendigen Veränderungen in der Städtebaupolitik zwingend deutlich geworden in einer Situation, wo die aufwandgünstigsten Standorte innerhalb der Städte weitgehend bebaut sind, der Verschleiß der vorhandenen Bausubstanz fortschreitet und die Technologie des Bauens häufig auch dann zum Bauen am Stadtrand zwingt, wenn es aus städtebaulicher Sicht nicht erforderlich ist.

Die neuen Bauaufgaben sind innenstadt- und bestandsorientiert. Mit welchen Planungsinstrumenten und welchen Technologien ihnen optimal Rechnung getragen werden kann – darüber wird gegenwärtig republikweit diskutiert. Es geht um die Zukunft der Städte und des Städtebaus nach der Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem.

Städtebauforschung und -praxis arbeiten an der Strategie des Überganges zur *umfassend* intensiven Stadtentwicklung auf dem notwendigen Niveau der 90er Jahre, die dem Bauwesen und der Stadtplanung einen weitreichenden Strukturwandel abverlangt. Bei den in Varianten diskutierten Konzeptionen zur Reproduktion der Städte verweist die stadtsoziologische Forschung inmitten der Diskussionen über Bau-Technologien, Baumaterialien und Aufwandssenkung darauf, daß die *Reproduktion der lebendigen Arbeit* das Kernstück jedweder gesellschaftlicher und städtebaulicher Reproduktionsstrategie ist.

Die ausschlaggebende Rolle der Motivation und Leistungsbereitschaft der handelnden Individuen – der Städter wie der Bauleute – für die zukünftige Entwicklung der Städte gehört ins Zentrum der Städtebaukonzeption für die 90er Jahre. Indem das Soziale als Zweck und Voraussetzung der volkswirtschaftlichen Entwicklung den Mittelpunkt sozialistischer Städtebaupolitik bildet, stehen Ende der 80er Jahre *sozialkulturelle Erfordernisse der langfristigen Stadtentwicklung* an, die in vier Aspekten Bedeutung für den Städtebau erlangen:

Erstens: *Anspruch auf soziale Spezifik und individuelle Mannigfaltigkeit räumlicher Lösungen – Beispiel: Wohnumlieu*

Das Streben nach sozialer Gleichheit der Wohnbedingungen und die Notwendigkeit massenhaften, kostensparenden Bauens haben in den 60er Jahren die Entstehung einer Technologie des Wohnungsbaus begünstigt, die auf Basis eines normativen Leitbildes städtischen Wohnens hochgradig unifizierte Gebäude und Wohnungen produziert.

So war es z. B. programmatisches Ziel beim Aufbau von Halle-Neustadt, daß jeder „unter gleichen Bedingungen in gleichen Wohnungen leben“¹ kann, was durch die Gleichförmigkeit in der Wohnarchitektur unterstützt wurde.

Seither hat sich die soziologische Auffassung von der Funktion sozialer Unterschiede im Sozialismus gewandelt.² Sie geht bezüglich des Wohnens davon aus, daß

- einerseits der Abbau gravierender sozialer Ungleichheit in den Wohnbedingungen als Hemmnis sozialer Annäherung der Klassen und Schichten eine sozialpolitische Daueraufgabe ist. Zu überwindende soziale Ungleichheit in den Wohnbedingungen äußert sich in deutlichen Niveauunterschieden in Zustand, Ausstattung und Belegung der Wohnungen.
- Andererseits ist es für die Wirksamkeit sozialistischer Sozialpolitik von Vorteil, wenn jene soziale Spezifik des Wohnumlieus der verschiedenen Klassen und Schichten, die notwendige Besonderheiten ihrer Lebensweise widerspiegelt, reproduziert wird.

Insofern steht die Überwindung wesentlicher Niveauunterschiede in den Wohnbedingungen nicht im Widerspruch, sondern im Einklang mit der Erhaltung und Schaffung mannigfaltiger Wohnformen.³ Der Weg zur sozialen Gleichheit im Wohnen stellt sich nicht als Trend zu Uniformität, Gleichförmigkeit und Nivellierung dar, sondern als Ausprägung sozialer Mannigfaltigkeit auf Basis überwundener sozialer Ungleichheit. So hat sich das Bauen auf dem Lande bereits seit längerem darauf eingestellt, daß eine besondere Lebensweise wie die der Klasse der Genossenschaftsbauern besondere Wohnbedürfnisse hervorruft. Der städtische Wohnungsbau hat die Vielfalt der Wohnansprüche verschiedener sozialer Schichten demgegenüber bislang weit weniger berücksichtigt.

Das Pendant sozial differenzierter Wohnbedürfnisse ist ihre individuelle Mannigfaltigkeit:

Diskussionsgegenstand ist, wie die Befriedigung individueller Wohnbedürfnisse als Triebkraft für das Leistungsverhalten in der Arbeit – vermittelt über das sozialistische Leistungsprinzip – wirken kann.

Das mühevoll errichtete Eigenheim wird perspektivisch nicht die einzige Alternative zur hochstandardisierten Mietwohnung im Geschosßbau bleiben. Gefragt ist eine größere Breite der Wohnformen, verbunden mit verschiedenartigen Möglichkeiten der Beteiligung des Bürgers am Bauen und seiner Finanzierung. Das genossenschaftliche Bauen bietet – als nur ein Beispiel – in dieser Richtung breitgefächerte Varianten, die gegenwärtig zu zögernd genutzt werden. Damit verbindet sich auch die Aussicht, daß die verbreiteten Wünsche nach Kleingärten und Datschen – als Reaktion der Bewohner auf die wenig benutzbaren wohnungsnahen Freiräume und die begrenzten Möglichkeiten zur Selbstgestaltung des Wohnumlieus – mit attraktiveren Wohnformen gedämpft werden können. Der aus ökologischer und ökonomischer Sicht problematische Drang ins private Grüne ist zumindest teilweise eine kulturelle Folge der ökonomisch gesetzten räumlichen Trennung des Grundbedarfs für das Wohnen von den darüber hinausgehenden Wohn- und Freizeitbedürfnissen.

Mannigfaltiger werdende Wohnbedürfnisse sind nicht zuletzt Ausdruck eines sich verändernden *demographischen Klimas*⁴ in der DDR. Wenngleich die Familie das zentrale Leitbild des Zusammenlebens bleibt, erfordern steigende Anteile von Mehrfamilien, Lebensgemeinschaften und unvollständigen Familien – die sich zudem zeitlich rasch verändern können – vom Wohnungsbau flexible Varianten des Allein- und Zusammenwohnens. Eine neue Rentnergeneration stellt hohe Ansprüche an altengerechtes Wohnen, behindertengerechtes Bauen beansprucht zunehmendes Interesse.

Auf verbreitete Bedürfnisse nach „Wohnen in räumlicher Nähe auf Distanz“ zwischen Verwandten verschiedener Generationen reagiert die Wohnungspolitik bislang kaum.

Zweitens: *Anspruch auf Zeitökonomie in der sozial-räumlichen Organisation städtischer Lebensweise*

Das Flächenwachstum hat zu beträchtlich erhöhten Weg-Zeit-Aufwänden innerhalb der Städte geführt bei im wesentlichen konstant gebliebenen Fonds an arbeitsfreier Zeit der Bewohner. Demgegenüber wächst das Zeitbewußtsein der Bevölkerung, Freizeit gewinnt an Wert. Da das Freizeitverhalten wesentlich von der Zeitökonomie bestimmt wird, werden Zeitverluste infolge uneffektiver Weg-Zeit-Beziehungen in der Stadt und ihrem Umland von den Bewohnern zunehmend kritisch beurteilt.⁵

Intensive Stadtentwicklung kann vieles tun für die Effektivierung des durch die räumliche Zuordnung von Arbeiten, Wohnen, Versorgung, Kultur und Erholung bestimmten Raum-Zeit-Regimes der städtischen Lebensweise.

Nicht zuletzt geht es dabei um die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR höchst bedeutsame *Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft* der Frau. Bei einem kaum noch steigbaren Beschäftigungsgrad der Frauen, jedoch nur zu ca. 80 % erfolgreicher einfacher Reproduktion der Bevölkerung, ist hier ein sozialer Anspruch mit hoher ökonomischer und kultureller Brisanz angesprochen, dessen augenfällige Beziehung zum Städtebau häufig unterschätzt wird.⁶ Auch die Stadtplanung entscheidet mit über das wirkliche Maß der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Drittens: *Anspruch auf Stadtkultur und Landschaftsqualität*

Zu beobachten ist die Sensibilisierung der Bewohner gegenüber den kulturellen Werten der gebauten Umwelt und der ökologischen Qualität der natürlichen Umwelt in ihrer Stadt und deren Umland. Die Qualität der städtischen Kultur und der umgebenden Landschaft beeinflußt die Ortsverbundenheit und die Motivation der Bewohner zur Mitwirkung an kommunalen Aufgaben zentral.⁷

Nicht hoch genug einzuschätzen sind die Bemühungen vieler Städte um die Weiterführung ihrer überlieferten städtebaulichen Kultur in den Innenstädten – oft in mühsamer Auseinandersetzung mit einer diesem kulturellen Anspruch zuwiderlaufenden Bautechnologie.

Demgegenüber in den Hintergrund getreten ist in der aktuellen Architekturdiskussion die Notwendigkeit, die Bewahrung alter Traditionen mit neuen, die Bewohner anziehenden kulturellen und städtebaulichen Angeboten zu verbinden. Die wirtschaftlichen Erfordernisse und sozial-kulturellen Ansprüche der 90er Jahre benötigen in der Öffentlichkeit der Städte ein *sozialpsychologisches Klima*, das aus sozialer Sicherheit und bewahrter kultureller Identität heraus auf Veränderung, auf dynamische Entwicklung orientiert.

Innovationsprozesse in der Produktion stehen im Zusammenhang mit der Kultur der Freizeitverbringung und der geistigen Einstellung der Werktätigen auf Neues.

Ohne Dynamik in der Entwicklung der Produktivkräfte ist das Bestehende, selbst wenn es noch so bewahrenswert erscheinen sollte, nicht zu sichern.⁸ Die geistige Ausstrahlung des Milieus einer Stadt ist eine Voraussetzung für Produktivitätsgewinn.

Bedürfnisse nach Gedankenaustausch, geistiger Anregung, Kontakten und selbstbestimmter Kommunikation öffnen die Denkwiese des Städters. Sie setzen jedoch städtebauliche und kulturelle Angebote für soziale Kontakte voraus. Die Freizeitforschung konstatiert den Widerspruch zwischen dem *Bedeutungsgewinn von Stadtöffentlichkeit und Stadtkultur* für die wieder stärker auf die Nutzung des öffentlichen Stadtraumes orientierte städtische Lebensweise und der räumlichen Bindung vieler Freizeittätigkeiten an die Wohnung.

Diese Entwicklung ist für die Städtebau- und Kulturpolitik von hohem Belang, drückt doch der „sozial-kommunikative Grundcharakter wichtiger Freizeitanprüche vermutlich eine wichtige Form der Vergesellschaftung aus, eine Form der Öffnung der auf Kleingruppen orientierten sozialen Beziehungen und Verhaltensweisen“.⁹

Viertens: *Anspruch auf Bewohnerbeteiligung am Planen und Bauen*

Es ist eine große, zur Zeit nur zögernd genutzte Chance für die Kultur und Ökonomie der Stadt, die Beteiligung ihrer Bewohner an der Stadtgestaltung zu aktivieren. Zur weiteren Entwicklung

der sozialistischen Demokratie gehört, daß sich der Bürger in stärkerem Maße als Eigentümer fühlen kann und Verantwortung für die Gestaltung seiner Umwelt übernimmt. Bauen nicht nur für, sondern mit den Bewohnern ist zudem noch kostengünstig, erhöht jedoch die Anforderungen an die Transparenz der Planung, an die rechtlichen Regelungen und ökonomischen Stimuli eines effektiven Zusammenwirkens von örtlichem Rat, Bewohner und Bauwirtschaft.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus den skizzierten sozial-kulturellen Erfordernissen der Stadtentwicklung für die Städtebaupolitik der 90er Jahre?

Gesellschaftsstrategie und Investitionspolitik der 90er Jahre werden davon beeinflusst, daß weitreichende qualitative Veränderungen in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Lebensweise einhergehen mit neuartigen Anforderungen an die städtische Infrastruktur und Kultur.

In zweierlei Hinsicht stellt die für das Wirtschaftswachstum wesentliche Breitenanwendung neuer Technologien höchste Ansprüche an die Qualität städtischer Reproduktionsbedingungen: *Einerseits erhöhen sich die Ansprüche an die sozial-kulturelle Qualität der Stadt.* Ökonomisch nicht quantifizierbare Standortfaktoren wie Freizeitwert, landschaftlicher Reiz, Stadtbild, Wohnqualität und erlebnisreiche Stadtoffenheit beeinflussen wesentlich das Wohlbefinden der Bewohner. Soziologische Studien weisen nach, daß gerade das Niveau der Stadtkultur zum geistig anregenden Stimulus der Leistungsbereitschaft von Werktätigen mit anspruchsvollen Arbeitsinhalten in der Produktion, Wissenschaft und Kultur wird.¹⁰ Nicht zuletzt befördert die Anziehungskraft der Stadt die Ortsverbundenheit ihrer Bewohner, ihre aktive Mitwirkung bei der Stadtgestaltung und ihr Engagement für die gesellschaftlichen Ziele des Sozialismus.¹¹

Andererseits beansprucht die technologische Entwicklung eine neuartige infrastrukturelle und ökologische Qualität der Stadt.

Von der Zuverlässigkeit und Entwicklungsfähigkeit des Verkehrs- und Energiesystems, der Wasserver- und -entsorgung und des vor tiefgreifendem Wandel stehenden Informations- und Kommunikationssystems wird die Effizienz der Produktion zunehmend beeinflusst.

In dieser Hinsicht ist in der DDR ein hohes Erneuerungsaufkommen erforderlich. Von der Qualität des Territoriums, der Stadt hängen technologische Innovationsprozesse in der Produktion und eine ihnen adäquate Lebensweise in unmittelbarerem Maße ab als in vergangenen Zeiträumen. *Damit werden Stadtentwicklung und Städtebau in direkter Weise zu Triebkräften wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung.*

Begünstigend für die Konzipierung des Städtebaus in seiner Triebkraftfunktion für die gesellschaftliche Entwicklung wirkt sich aus, daß Stadtkultur – aufgefaßt als Qualität der städtischen Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit – und Stadtökonomie nicht im Gegensatz zueinander stehen, sondern sich gegenseitig bedingen. *Intensive Stadtentwicklung ist die effektivste Form der Realisierung des gesellschaftlichen Baubedarfs.*

Die stadtökonomische Forschung tritt Auffassungen zur Stadtentwicklung entgegen, die Städtebau reduzieren auf eine unumgängliche Dienstleistung – auf einen Bereich, der Geld kostet und wo vieles eingespart werden kann. Diese Denkweise führt zu einer monofunktionalen Stadtentwicklungskonzeption, die in nur unzureichendem Maße die Kultur und Ökonomie der Stadt als Ganzes zum Maßstab städtischer Lebensqualität und Produktivität macht.

Resultate eines solchen Konzeptes wären der fortschreitende Bedeutungsverlust öffentlicher Stadträume und die Verfestigung einer wenig innovativen Konzeption städtischer Lebensweise: *Datsche, Wohnung und Arbeitsplatz machen noch keine Stadt – genauso wie Kleingärtnern, Heimwerkeln und Fernsehen als favorisierte Freizeittätigkeiten allein noch kein kreatives Denken und Verhalten bewirken.*

Demgegenüber kann die Städtebauforschung nachweisen, daß beim Übergang zur umfassenden Intensivierung *komplexe Lösungen für territoriale Probleme immer deutlicher zum Intensivierungspotential für gesamtgesellschaftliche Prozesse* werden.

Die Besonderheit der Stadt, auf engem Raum unterschiedlichsten Bedürfnissen mit entsprechenden räumlichen Lösungen Rechnung tragen zu können, entspricht der erforderlichen Verflechtung und Dynamik der gesellschaftlichen Prozesse. Insofern ist

innerstädtische Umgestaltung und Erneuerung die Voraussetzung für eine durchgängige Intensivierung aller städtischen Prozesse. Sie ermöglicht ein höheres Niveau territorialer Rationalisierung der Produktion und Dienstleistungen ebenso wie zeiteffektive und flächensparende innerstädtische Freizeitangebote.

Zusammenfassend weist die Gesamtheit ökonomischer, sozialer und politischer Erfordernisse der zukünftigen Gestaltung des Sozialismus in der DDR darauf hin, *daß ein höherer Stellenwert der territorialen und Stadtentwicklung innerhalb der Gesellschaftsstrategie historisch herangereift ist.*

Die Anerkennung dieser strategischen Position erfordert veränderte Instrumente zur effektiven Gestaltung ortskonkreter Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Von zentraler Bedeutung ist in diesem Prozeß die Neugestaltung des Verhältnisses von Stadtökonomie und Ökonomie des Bauwesens: Gegenwärtig führt der Widerspruch zwischen den innerstädtischen Standortbedingungen und den für das Bauen auf grüner Wiese entwickelten Technologien zum städtebaulich unbegründeten teilweisen Ausweichen auf randstädtische Standorte. Probleme mit der Schaffung von Baufreiheit und mit den Vorleistungen an technischer Infrastruktur führen zu der Tendenz, die Umgestaltung und Erneuerung der Mischgebiete mit den ungünstigsten Wohn- und Arbeitsbedingungen zu verschieben zugunsten bautechnologisch günstigerer Baugebiete, vor allem am Stadtrand.

Insofern ist die Anpassung der Struktur des Bauaufkommens an die neuen Bauaufgaben der Dreh- und Angelpunkt für die Durchsetzung intensiver Stadtentwicklung. Die Gesellschaft verlangt vom Bauwesen die intensive Reproduktion der Bausubstanz. Das heißt, Gebäude und Anlagen in erster Linie zu erhalten und zu erneuern. Die qualitative Verbesserung des Vorhandenen steht im Vordergrund, um schrittweise die kontinuierliche Reproduktion der städtischen Bausubstanz zu erreichen. Das setzt ökonomische Mechanismen voraus, die volkswirtschaftlichen und stadtökonomischen Faktoren in der Stadtplanung und bei Standortentscheidungen größeres Gewicht verleihen. Gegenwärtig wird die Effektivität der Bauproduktion vor allem daran gemessen, inwieweit auf einzelne Gebrauchswerte bezogene Normative eingehalten werden – der gesamtstädtische ökonomische Zusammenhang geht dabei verloren. Obwohl die laufenden Aufwände für die Stadtbewirtschaftung und die Erhaltung der Bausubstanz das Vielfache des einmaligen Bauaufwandes betragen, spielen sie bei der ökonomischen Begründung von Bauaufgaben nur eine untergeordnete Rolle. Damit entsteht eine tendenzielle Gegenläufigkeit zwischen der Ökonomie der Stadt und der Ökonomie der Bauproduktion.

Insofern erweist sich die ökonomische Stimulierung der innerstädtischen Bauaufgaben – sowohl aus Sicht der Interessenlage der Städte als auch des Bauwesens – als größte Effektivitätsreserve intensiver Stadtentwicklung.

Komplexe Stadtplanung als Planungsinstrument der 90er Jahre

Intensive Stadtentwicklung auf dem Niveau der 90er Jahre verlangt eine bedeutsame Erweiterung der städtebaulichen Planung in Richtung ganzheitlich orientierter Planung der Stadtentwicklung. Das um so mehr, als die konzipierten Veränderungen des Wirtschaftsmechanismus städtebaulich folgenreich sein werden und nicht im „Selbstlauf“ eine effiziente Stadtentwicklung befördern.

Die Entwicklung in Richtung der Eigenerwirtschaftung und zunehmenden Eigenverantwortung der Betriebe auch in städtebaurelevanten Fragen ihrer Investitionspolitik drängt auf einen Bedeutungsgewinn komplexer Stadtplanung zur Wahrung gesamtvolkswirtschaftlicher und territorialer Interessen im Rahmen der weiteren Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus. Voraussetzung ist ein *Ausbau der Verantwortung und Selbständigkeit der örtlichen Räte* für die Planung der Stadtentwicklung – einschließlich ihrer finanziellen und materiellen Realisierbarkeit.

Damit stellt sich die Frage nach der ökonomischen Gestaltung eines neuartigen Niveaus territorialer Rationalisierung: Da territoriale Kooperationsbeziehungen unter den Bedingungen der Intensivierung eigenständige Bedeutung als Effektivitätsreserve erlangt haben, erfordert eine auf technischen Fortschritt zielende Gemeinschaftsarbeit im Territorium größeren materiellen und finanziellen Spielraum. Zur Diskussion steht, wie die Bildung und

Verfügbarkeit der dafür notwendigen Fonds in Regie der örtlichen Staatsorgane mit neuen Formen erweitert werden kann.¹² Möglich wäre zum Beispiel die verstärkte *Zuführung eines Teils eigenwirtschafteter Mittel der ortsansässigen Produktion für die Stadtentwicklung*. Ein solcherart weiterentwickeltes Verhältnis von Zweig- und Territorialprinzip der Volkswirtschaftsplanung drängt zu ganzheitlicher Planung der Stadtentwicklung: Städtebau im engeren räumlichen Sinne wird nur als ein Bestandteil komplexer Stadtplanung aufgefaßt, als räumliches Gestalten des Dreiecks wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Seiten der Stadtentwicklung.

Damit stellt sich ein hoher Anspruch an die Stadtentwicklungsforschung und an die Planungspraxis, der auf eine Ausweitung heutiger städtebaulicher Planung zur komplexen Stadtplanung drängt.

Anmerkungen

- 1 Halle-Neustadt. Plan und Bau der Chemiearbeiterstadt. – Berlin, 1972. – S. 11 ff.
- 2 Löttsch, M.: Arbeiterklasse und Intelligenz in der Dialektik von wissenschaftlich-technischem, ökonomischem und sozialem Fortschritt. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. – Heft 1/1985. – S. 33 ff.

- 5 Kuhn, R.: Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem in ihrem Einfluß auf Lebensweise und Stadtgestaltung. – Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, „HAB-Dissertationen“, Heft 1
- 4 Büttner, Th.; Speigner, W.: Bevölkerungsreproduktion – demographische Verhältnisse – Lebensweise. – In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. – Heft 9/1985
- 5 Autorenkollektiv: Städtebauprognose – soziologische Grundlagen. – Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur. – Berlin, 1988. – S. 68 ff.
- 6 Kind und Gesellschaft. – Berlin, 1987. – S. 120 ff.
- 7 Hunger, B.: Raum- und Gestaltungsansprüche aus soziologischer Sicht in ihrem Einfluß auf Städtebau und Architektur. – 1988. – Berlin, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Diss. B
- 8 Hanke, H.; Koch, Th.: Zum Problem der kulturellen Identität. – In: Weimarer Beiträge. – 31 (1985) 8
- 9 Strützel, D.: Grundstrukturen und -bedingungen der Entwicklung und Befriedigung kultureller Bedürfnisse der Bevölkerung Jenas in wesentlichen sozialstrukturellen Differenzierungen. – Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1987, Forschungsbericht
- 10 Vgl. u. a. stadtsoziologische Studien der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar in Kooperation mit dem Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR zur Stadtentwicklung Magdeburgs (1986)¹, Brandenburgs (1987)² und Jenas (1988)³
- ¹ Stadtentwicklung und Wohnumfeld – Soziologische Studie. – Weimar, Schriften der HAB, Heft 44, Teil I–IV
- ² Weimar, Schriften der HAB, Heft 77, Teil I u. II
- ³ Weimar, Schriften der HAB (in Vorbereitung)
- 11 Weiske, Ch.: Heimischfühlen in der Stadt – zur Beziehung von Ortsverbundenheit und Migration. – 1984. – Friedrich-Schiller-Universität Jena, Diss. A
- 12 Ostwald, W.: Territoriale Reproduktionsbedingungen der DDR für die Durchsetzung der ökonomischen Strategie der SED mit dem Blick auf das Jahr 2000. – In: Wirtschaftswissenschaft 37 (1989) 5. – S. 659